

Rede bei den Wahlen zur Aufstellung der Reserveliste für die Kommunalwahl 2009 - 17.Januar 2009

Die GRÜNEN werden immer älter und trotzdem wollen sie immer wieder gewählt werden. Warum? Sind – um von mir zu sprechen – zehn Jahre in der Bezirksvertretung und fünf Jahre im Rat nicht genug? Und dann auch noch jenseits von 65, pensioniert und also richtig alt?

Nein, natürlich ist es nicht genug, sonst würde ich ja hier nicht stehen! **Der Wille und das demokratische Pflichtgefühl sind an kein Alter und keinen Zeitverlauf gebunden.**

Dass ich kandidieren will ist das eine, aber warum sollt Ihr mir Eure Stimme geben?

Zu zwei Aspekten möchte ich Stellung beziehen: Einmal zu den **Verfahren** politischer Arbeit und zum anderen zu den **Zielen**.

Wir wollen alle politische Ziele durchsetzen, also Ergebnisse erzielen, die mehr Teilhabe am politischen Geschehen ermöglichen, die die Lebensqualität und Lebenschancen steigern und verbessern helfen, von Bildung über Kultur und Wohnen bis zu den Arbeitsplätzen und einer gesunden Umwelt.

Ich bin überzeugt, dass es bei dem verfahrensmäßigen Vorgehen entscheidend darauf ankommt, **kompromissbereit** zu sein. **Auch die beste Lösung ist nicht die beste, wenn sie nicht umsetzbar und nicht durchsetzbar ist!**

Schon in der Analyse einer Situation kann durch breite Beteiligung sichtbar gemacht werden, dass nicht ideologische Voreingenommenheit das Verhalten bestimmt, sondern die Sache verbunden mit aufmerksamer Anerkennung **anderer** Vorstellungen und den Vorstellungen **Anderer**.

So habe ich meine Aufgabe als **Vorsitzender des Beschwerdeausschusses** verstanden.

So konnte, denke ich, die Effizienz und die Bekanntheit des Ausschusses gestärkt werden.

Von Verbesserungen im Bildungsbereich, dem Verkehrsbereich bis zur Handlungsorientierung bei der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele reicht die Einflussnahme dieses Ausschusses – nicht zuletzt gestärkt durch Bilanzpressekonferenzen und Internetauftritt.

Darin steckt schon die Überleitung zu dem zweiten Aspekt, **dem inhaltlichen politischer Arbeit**. Der weitere Schwerpunkt meiner Arbeit lag im Bereich der **Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Geschehen**, Verbesserungen bei der Durchführung der Bürgerbegehren, Stärkung der Bezirksvertretungen - wo allerdings die Umsetzung noch fehlt. Der Einstieg in einen Bürgerhaushalt ist geschafft, aber der ist bisher strukturell falsch angelegt, weil er den Bürgern vorgaukelt, als ob politische Teilhabe in der Aufstellung von Wunschkatalogen bestehe.

Die schwierige, kontroverse zu führende Abwägung verschiedener Vorschläge, die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen bei begrenzten

Mitteln im Blick auf die gerechte Aufteilung, die muss in den Prozess der Aufstellung eines **Bürgerhaushalts** integriert werden, etwa durch Zuteilung von Mitteln an die Bezirke, durch Einbeziehung aller Sachbereiche, durch faire Beteiligungschancen in Planungsrunden z.B.

Weiter möchte ich die Arbeit im Blick auf unsere unabweisbare Verantwortung im Bereich der **Entwicklungspolitik** fortsetzen, vordringlich im Blick auf unsere Partnerstädte in Nicaragua.

Zur **Stadtentwicklung**, meinem 3. Schwerpunkt in der laufenden Ratsperiode:

Auf diesem Feld liegen sehr wichtige und wahlwirksame Erfolge und Ziele unserer Politik: Wohnen und arbeiten, die Freizeit vielfältig füllen, mobil sein, kaufen und kommunizieren, also leben in einer großen Stadt, das leidet unter unterschiedlichen Einschränkungen und Behinderungen. An deren Abbau müssen wir weiter arbeiten, bei der Rückgewinnung von Aufenthaltsqualität auf Plätzen und Straßen, durch verbesserte Bedingungen für umweltfreundliche Verkehrsformen, durch verträgliche Mischung von Wohnen und Arbeiten, durch Stärkung der Grünbereiche und maßvolle Verdichtung im Stadtbereich gegen Zersiedelung und Landschaftsverbrauch.

Als Erfolge können wir nennen: Höhenkonzept, Reduzierung des Flächenverbrauchs, 100% Grünausgleich, mehr Wettbewerbe, autofreie Siedlung, Stärkung städtischer Zentren im Einzelhandel ...

An dieser Stelle bietet es sich an, etwas zum Verhältnis von **Rat und Bezirksvertretungen** zu sagen, weil es in Fragen der Stadtentwicklung wohl den meisten Dissens gibt. Barbara Moritz und ich haben uns immer um Gespräche und Austausch bei unterschiedlichen Sichtweisen von Rats- und Bezirksvertretern bemüht. Dass die gesamtstädtische Sichtweise letztlich entscheidend ist, das liegt in der Natur der Sache.

Als letzten Punkt möchte ich den Bereich der **Bildungspolitik** nennen, in dem ich gerne arbeiten würde. Als langjähriger Vorsitzender der Steuergruppe an einer Reformschule sehe ich in folgenden Punkten Entwicklungschancen und Notwendigkeiten in der Kölner Schullandschaft: Ziel muss sein, dass Schulen **Häuser des Lernens** werden und nicht Belehrungsanstalten. Zentral ist dabei eine entsprechende Bereitschaft der Kollegien. Als Stadt kann man das fördern, indem man die pädagogische Diskussion in den Schulen vorantreibt, durch Bildungsworkshops, öffentlich gemachte pädagogische Profile, durch Wettbewerbe um Modelle bester praktischer Umsetzung, durch Verzahnung mit anderen Institutionen in der Stadt - um einige Möglichkeiten zu nennen.

Mit anderen Worten: Die **Welt**, d. h. Kultur, Wirtschaft, Politik muss **in** die Schulen hereingeholt werden, und die Schulen und Schüler müssen hinaus in die Welt, nicht nur theoretisch, sondern tat-sächlich! Denn nur so kann effektiv gelernt werden, motiviert, verantwortlich und selbstständig!